



NEUDRUCK

**Innenausschuss (81.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (117.) (nur TOP 1)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

7. April 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:45 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Helmut Röhrig

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11251
Stellungnahme 16/3591

in Verbindung mit

**Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben –
Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der
Flüchtlingspauschale vornehmen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Stellungnahmen 16/3622, 16/3623, 16/3624, 16/3626
– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des
Innenausschusses geschoben.

**2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016
(Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

Stellungnahme 16/3595

Vorlage 16/3826

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der
Landesregierung – Drucksache 16/11250 – mit den Stimmen
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen
der CDU und der PIRATEN bei Stimmenthaltung der FDP zu.

**3 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-
Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DrModG NRW)**

23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Ausschussprotokoll 16/1189

Vorlage 16/3791

**12 Aktueller Sachstand zu massiven Übergriffen auf Frauen in der
Silvesternacht in Köln und anderen NRW-Städten**

24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3831

- 4 **Transparenz über staatliches Handeln im Internet: Nachhaltige Online-Verfügbarkeit für NRW schaffen**** **50**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10060
- Vorlage 16/3530
-
- 5 **Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss sicher sein – die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden!**** **52**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11216
- Der Ausschuss beteiligt sich nachrichtlich an der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 1. Juni 2016.
-
- 6 **Kriminalitätsbekämpfung intensivieren: Verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen („Schleierfahndung“) ermöglichen!**** **53**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11307
-
- 7 **Abi-Krawalle in Köln – Hat die Polizei rechtzeitig eingegriffen?**** **54**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3827
-
- 8 **Funkausstattung der Spezialeinsatzkräfte in NRW noch immer nicht auf Digitalfunk umgestellt?**** **55**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3834

- 9 Funktionieren Fehlerkultur und Beschwerdemanagement bei der Polizei wie gewünscht? Und wann wird in NRW die EU-Aufnahmerichtlinie beachtet? 56**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3828
- 10 Aktuelle Lage nach den Anschlägen in Brüssel 58**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3829
- 11 Zahl der Einbrüche auf nie dagewesenem Rekordniveau – welche Maßnahmen des Konzepts MOTIV und personellen Verstärkungen der Einbruchsdezernate bei der Kripo hat es tatsächlich gegeben? 62**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3830

* * *

3 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DrModG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Ausschussprotokoll 16/1189

Vorlage 16/3791

Vorsitzender Daniel Sieveke führt aus, der Ausschuss habe am 7. März 2016 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Das Protokoll der Anhörung liege als Ausschussprotokoll 16/1189 vor.

Mit der Vorlage 16/3791 sei den Ausschussmitgliedern gemäß § 94 LBG eine Übersicht mit den Vorschlägen der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände, die bisher keine Berücksichtigung im Gesetzentwurf gefunden hätten, samt einer entsprechenden Stellungnahme der Landesregierung zur Verfügung gestellt worden.

Für die heutige Sitzung sei eine erste Aussprache zu den Ergebnissen der Anhörung vorgesehen. Da in anderen Ausschüssen bereits angekündigt worden sei, dass beabsichtigt sei, Änderungsanträge zu diesem Gesetzentwurf einzubringen, schlage er vor, die ursprünglich beabsichtigte Aussprache heute nicht durchzuführen, sondern den Eingang der angekündigten Änderungsanträge abzuwarten, damit es möglich sei, in die Aussprache die Änderungsanträge einzubeziehen. – Sein Vorschlag stoße auf Zustimmung, sodass in der Sitzung des Ausschusses am 28. April 2016 die Aussprache durchgeführt werden könne.

